

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Ruanda

vom 05. Dezember 2004 bis 21. Januar 2005

Vergangenheitsbewältigung in Ruanda

Von Nicola Schwering

Ruanda, vom 05. Dezember 2004 bis 21. Januar 2005



Inhalt

1. Zur Person	554
2. Vorbereitung	554
3. Gegen das Vergessen: die Kirche von Ntarama	555
4. Die Schuld-Frage: Ursachenforschung nach dem Genozid	558
4.1. Der Teufel von Inkurunziza	558
4.2. Die Pässe der Belgier	559
5. Vergeben, versöhnen: die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit	560
5.1. Im Gefängnis	560
5.2. Gacaca-Gerichte	562
5.3. Vergeben? Wenn das so einfach wäre...	563
6. Autoritäres Regime oder Öffnung zur Demokratie: die politische Situation nach dem Genozid	564
6.1. Der Debattierclub von Cyanzarwe	564
6.2. Pressefreiheit	566
7. Ruanda, das Ausland und die Armut: Belastungen für die Zukunft	568
7.1. An der Grenze zum Kongo	568
7.2. Armut und Genozid	569
8. Bilanz	571

1. Zur Person

Nicola Schwering, geboren 1976 in Münster, studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Öffentliches Recht in Bonn, Grenoble und Barcelona. Freie Mitarbeit und Praktika beim Haus der Geschichte, der Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn und verschiedenen Medien. 2002/2003 Volontariat bei der Rheinischen Post in Düsseldorf. Der Wunsch, Afrika zu sehen, wurde durch die Beschäftigung mit den Menschenrechten während des Studiums sowie eine Recherchearbeit während einer Hospitanz bei der F.A.Z. geweckt.

2. Vorbereitung

„Ist es da nicht viel zu gefährlich?“ Diese Reaktion kam ziemlich oft, wenn es um Ziel und Thema meiner Reise ging. In Ruanda fand 1994 der schlimmste Völkermord seit dem zweiten Weltkrieg statt, innerhalb weniger Wochen wurden 800.000 Menschen umgebracht. Das sind rund 10 Prozent der Bevölkerung dieses kleinen Landes südlich des Äquators, das nicht einmal halb so groß wie Bayern ist. Die Horrorbilder von einst haben das Bild über Ruanda bis heute geprägt.

Mittlerweile hat sich jedoch, so viel wusste ich vor der Reise, die politische Situation in dem kleinen afrikanischen Land südlich des Äquators stabilisiert. Paul Kagame, ein in Uganda aufgewachsener Tutsi, hat die Wahlen 2003 mit überwältigender Mehrheit gewonnen und bemüht sich, die verfeindeten Gruppen zu versöhnen. Ruanda gehört heute zu den sichersten Ländern in ganz Afrika. Selbst nachts kann man bedenkenlos durch die Straßen der Hauptstadt Kigali gehen. Aufpassen muss man nur, dass man nicht in die Gräben am Straßenrand fällt. Laternen gibt es nur selten, und wenn, leuchten sie in der Regel nicht.

Angesichts der ruandischen Geschichte erstaunt die Stabilität und Ruhe im Land. Denn während im Dritten Reich SA oder SS gezielt und vornehmlich an verborgenen Orten töteten, war in Ruanda ein großer Teil der Bevölkerung an der Vernichtung der Tutsi beteiligt: Nachbarn metzelten Nachbarn nieder, Familien ihre Verwandten, Freunde wurden zu Mördern. Anders als unter der Hitler-Diktatur gibt es auch eine nicht unwesentliche Zahl von Genozid-Überlebenden, die im gleichen Land leben müssen wie die Menschen, die sie 1994 mit der Machete bedrohten. Sie schicken ihre Kinder in die gleiche Schule, bewirtschaften den gleichen Acker, beten in der gleichen Kirche. Ziel meines Aufenthaltes war es, zu verstehen, wie die Ruander ihre Vergangenheit bewältigen. Ich wollte erfahren, welche Lehren die Ruander

aus ihrer Geschichte ziehen. Ich wollte erfahren, wie die Opfer reagieren, wenn sie auf die Mörder ihrer Verwandten treffen. Ich wollte erfahren, wie die Täter es schaffen, den Genozid-Überlebenden in die Augen zu sehen. Was ich fand, war eine Mauer des Schweigens. Aber es gab Ausnahmen.

Manches, was ich mir vorgenommen hatte, konnte ich nicht realisieren. Es gab unerwartete Schwierigkeiten, für zahlreiche Termine brauchte ich mehrere Anläufe. Dafür wurde ich durch viele andere Erlebnisse entschädigt. Nie hätte ich gedacht, dass ich mit Mördern auf einem Holzstuhl vor dem Gefängnis plaudern würde oder dass mir Opfer so offen über ihre Leiden berichten würden. Nie hätte ich mir die Schönheit des Lac Kivu vorstellen können, die Palmen an der Promenade, die kaum ein Tourist besucht. Nie werde ich die Offenheit und die Hilfsbereitschaft der vielen Menschen vergessen, die sich oft stundenlang Zeit genommen haben für die Gespräche mit mir, nie die Gastfreundschaft der Frauen und Männer, die mir einen Maiskolben angeboten haben, obwohl sie selbst kaum zu essen haben.

Für diese schöne, wenn auch nicht immer einfache Reise möchte ich mich bei allen bedanken, die mir in Ruanda und Deutschland geholfen haben: der Heinz-Kühn-Stiftung und vor allem Ute Maria Kilian, dem Deutschen Entwicklungsdienst in Kigali und insbesondere Claire, die ich auf der Straße in Kigali getroffen habe, kurz nach meiner Ankunft, als ich etwas hilflos inmitten einer Ansammlung von Menschen stand, die auf mich einredeten, meine Haut anfassen oder meine Haare berühren wollten. Durch sie habe ich das wirkliche Ruanda entdeckt mit seinen Sitten und Gebräuchen, seiner Armut und seinem Stolz – das Ruanda, das Fremden oftmals verborgen bleibt.

3. Gegen das Vergessen: die Kirche von Ntarama

Noch heute sind die Folgen des ruandischen Völkermords im Alltag für jeden sichtbar: Die Narbe am Hinterkopf des Jungen zeugt von einem Machetenhieb. Die Prothese der jungen Frau ersetzt den Arm, der ihr als Kind abgehackt wurde. Viele der älteren Straßenkinder sind Waisen, die nach dem Genozid kein Zuhause mehr gefunden haben und sich allein durchs Leben schlagen. Die lange Schlange der Männer und Frauen, die vor dem Krankenhaus warten, um einen Aids-Test zu machen, hängt auch mit den Massenvergewaltigungen im Frühjahr 1994 zusammen. Die HIV-Rate stieg von 1,3 Prozent 1986 auf 10,8 Prozent 1997 in den ländlichen Gebieten. „Plus jamais“ (Niemals wieder) steht daher als Motto über allen Bemühungen in Ruanda, die blutige Vergangenheit aufzuarbeiten. Im ganzen Land erinnern Gedenkstätten an den Genozid, eine von ihnen ist die Kirche

von Ntarama 5.000 Menschen sind hier, informiert ein Schild am Eingang, niedergemetzelt worden.

Ich bin mit Claire hingefahren. Zusammen mit 20 anderen Fahrgästen haben wir uns in einen Mini-Bus gequetscht. In Kigali Innenstadt ist der Verkehr dicht und lärmend. Auf jeder Anhöhe bildet sich ein Stau, weil die voll besetzten Wagen es nur mit letzter Kraft den Berg hinauf schaffen. Außerhalb des Zentrums sind die meisten Straßen nicht asphaltiert. Deshalb brauchen wir bis ins 20 Kilometer entfernte Nyamata drei Stunden. Mit dem Taxi-Motorrad geht es weiter über einen holprigen Feldweg, entlang an ärmlichen Hütten, Bananenstauden und Maisfeldern nach Ntarama.

An der Kirche angekommen, begrüßt uns eine Ruanderin. Claire verwickelt sie in ein Gespräch auf Kinyarwanda. Ich gehe allein über die Türschwelle. Drinnen in der Kirche riecht es noch immer nach Tod. Ich wusste nicht, dass Verwesungsgeruch sich so lange hält. Zwischen den Kirchenbänken liegen Knochen, Kiefernreste mit einigen Zähnen, Kleiderfetzen.

Die beiden Ruanderinnen folgen ins Innere der Kirche. Claire übersetzt mir, dass Dancille das Massaker in Ntarama miterlebt und überlebt habe. Ich frage mich, wie sie diesen Anblick erträgt. Ihr Gesicht zeigt keine Regung, als sie mit uns von Kirchenbank zu Kirchenbank steigt, um nicht auf die menschlichen Überreste zu treten. Scheinbar ungerührt berichtet sie darüber, wie sie damals mit ihrer Familie in die Kirche geflüchtet ist. Die Älteren, die sich noch an die Verfolgungen in den siebziger Jahren erinnern konnten, hätten dazu geraten, sagt sie. Denn in den Jahrzehnten zuvor hatte der Mob bei Ausschreitungen zumindest die Gotteshäuser verschont.

Nicht jedoch an jenem 15. April 1994, dem neunten Tag nach dem Tod von Juvénal Habyarimana. Mit dem Absturz des Präsidentenflugzeugs beginnt für die Ruander eine neue Zeitrechnung, eine Zeitrechnung des Schreckens. Dancille weiß noch genau, dass der 15. April ein Freitag war. Um 10 Uhr in der Früh kamen die Interahamwe, fanatische Hutu-Milizen, die teilweise mit detaillierten Todeslisten unterwegs waren. Die Menschen in der Kirche verschlossen die Tür, aber die Granaten rissen große Löcher in die Wand. Dancille wurde ohnmächtig unter den Leichen begraben. Das war ihre Rettung. Als am nächsten Tag die Sonne aufging, verließ sie die Stätte des Grauens. Achtzehn Familienmitglieder waren unter den Toten.

Das sei ihre Geschichte, sagt sie und schweigt. Mehr möchte sie nicht erzählen. Schon gar nicht über die Gegenwart. Nur so viel: Heute gebe es nur noch Ruander. Versöhnung sei kein Problem. Dann beendet sie das Gespräch, indem sie die Kirche verlässt. Begriffe wie Hutu oder Tutsi hat sie während ihrer ganzen Erzählung nie erwähnt. Das entspricht der Politik der heutigen ruandischen Regierung, die auf dem Grundsatz nationaler Einheit

basiert: Hutu und Tutsi sind demzufolge ein Volk mit einer gemeinsamen Sprache, Kultur und Schicksal. Wer über Tutsi und Hutu spricht, läuft Gefahr, des Divisionismus verdächtigt und mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, die ethnische Spaltung der Gesellschaft zu betreiben. Wo ein repressionsfreier innerruandischer Dialog hilfreich wäre, wird mit dieser Politik eine offene Diskussion unterdrückt. Gegensätze werden verdrängt, Probleme nicht angesprochen.

Nur Europäer reden untereinander offen und oft über mögliche Konfliktlinien der Zukunft. Zum Beispiel darüber, dass unter der jetzigen Tutsi-Regierung viele Tutsi aus dem Ausland wichtige Positionen besetzen – auch weil sie oft eine bessere Ausbildung genossen haben als ihre Landsleute, die in Ruanda geblieben sind. Oder aber auch darüber, dass Hutu in manche Positionen gelangen, weil die Regierung bewusst versuche, gerade in der Politik alle Volksgruppen zu beteiligen. Erkundige ich mich bei einem Ruander nach seiner Ansicht über die Chancen der Versöhnungspolitik, so höre ich meist nur: „Wir haben keine andere Wahl.“

Dancille fordert mich auf, Fotos zu machen. Ich zögere. Fotos an einem solchen Ort? Fotos von Toten, die nicht einmal in Frieden unter der Erde ruhen? Das journalistische Interesse siegt über die Skrupel. Ich hole meine Kamera aus dem Rucksack und zoome heran: Säcke mit Gebeinen. Einen Rosenkranz neben einem Schädel. Ein Lexikon, aufgeschlagen beim Buchstaben G. Eine Zeichnung, auf der Jesus einem Gläubigen die Hand auflegt. Ein Poster vom Weltfrauentag 1994, das noch immer an der Wand hängt. Nur die intakten Schädel hat man inzwischen aufgesammelt und in einer Reihe im Regal aufgestellt. Man muss kein Pathologe sein, um zu erkennen, wie das jeweilige Opfer hingerichtet wurde: Bei einem kleinen Loch in der Stirn war es vermutlich ein Schuss oder die Spitze einer Lanze. Ein Riss deutet auf einen Schlag mit der Machete hin.

In Ntarama sind die Toten eine Art Ausstellungsstück geworden. Sie erinnern und ermahnen, strafen diejenigen Lügen, die behaupten, den Genozid habe es nie gegeben. Sie geben jenen einen Eindruck von dem Gräueltat, die den Völkermord nicht miterlebt haben – eindringlicher, als es der mit westlichem Geld und nach modernsten Standards der Museumspädagogik gebaute Genozid-Memorial in Kigali je könnte. Sie stehen im Dienst der Lebenden. Nach dem Völkermord sind Soldaten der UN-Friedenstruppe UNAMIR (United Nations Assistance Mission in Rwanda) in Ntarama gewesen. Als sie die Toten begraben wollten, stießen sie auf Widerstand der lokalen Bevölkerung. „Sie wollten Spuren verwischen“, sagt Dancille. „Das haben wir nicht zugelassen.“

4. Die Schuld-Frage: Ursachenforschung nach dem Genozid

4.1. Der Teufel von Inkurunziza

Kein Glockengeläut kündigt diesen Gottesdienst an, sondern die Bässe. Ein E-Gitarrist, ein Schlagzeuger und ein Sänger machen Stimmung wie auf einem Pop-Konzert. Die Gläubigen kommen mit ihren Gebetbüchern von zu Hause, andere folgen den Klängen der Musik so wie ich und schauen herein, weil sie gerade nichts zu tun haben. Es ist 12 Uhr mittags an einem Wochentag, die Halle der Kirche Inkurunziza füllt sich. Dann legt der Prediger los – auf Kinyarwanda natürlich. Aber ich habe schnell einen Übersetzer gefunden. Und die Botschaft des Predigers ist nun wirklich nicht sehr kompliziert, zumal er sie mehr als eine Stunde lang fast wörtlich wiederholt:

Zum einen handelt es sich um seinen persönlichen sozialen Aufstieg vom „Houseboy“, also vom Bediensteten, der nur geduldet ist, zu einem Hausbesitzer. Das interpretiert er als ein Zeichen für Gottes Gnade. Ich halte seine Thesen für nicht besonders geistreich und wundere mich über die Begeisterung der Zuhörer, die mit verklärtem Gesichtsausdruck seinen Worten lauschen. Im zweiten Teil werde ich noch skeptischer. Jetzt geht es um den Teufel: den Teufel, der während des Genozids in Ruanda gewütet habe, den Teufel, der noch nicht einmal die Kirchen verschont habe. Angesichts des moralischen Versagens der Kirchen während des Völkermordes hat es sich der Prediger mit der Aufarbeitung der Vergangenheit einfach gemacht: Die Schuld wird auf eine anonyme, übernatürliche Instanz abgeladen.

Die Zuhörer scheint es nicht zu stören, im Gegenteil: Ihre gläubigen Augen hängen an den Lippen des Predigers. Viele befinden sich in einer Art Ekstase, die mich noch mehr befremdet als der Inhalt der Predigt. Ausgeprägter Befehlsgehorsam sowie die Anerkennung der moralischen Autorität von Staat und Kirche gehörten – das ist ein Ergebnis der Forschung zum Genozid – 1994 mit zu den wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass sich so viele Menschen an den Massakern beteiligten.

Diese starke Orientierung an den Vorgaben des Staates und der Kirche ist noch immer vorhanden. Das mag einerseits eine Folge der politischen Situation sein, andererseits eine Mentalitätsfrage. „Ruander lügen eher, als ihre Meinung offen zu sagen“, hat Claire einmal zu mir gesagt. Und einer meiner Gesprächspartner, ein Mitarbeiter der ruandischen Menschenrechts-Organisation Liprodhor (Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme), der mir aus Sorge vor politischen Folgen seinen Namen nicht nannte, sprach davon, dass es zur ruandischen Kultur gehöre, „einen Menschen nicht zu kritisieren oder zu beschuldigen, solange er sich

auf freiem Fuß befindet.“ Diese Haltung ist eine Belastung für die Zukunft. Denn eine Zivilgesellschaft, die im Fall unmoralischer Anordnungen der Staatsmacht notfalls den Gehorsam verweigern würde, gibt es in Ruanda (noch) nicht.

4.2. Die Pässe der Belgier

Der Teufel wird recht häufig bemüht, wenn es darum geht, zu verstehen, wie es zum Genozid kommen konnte. Und wenn nicht im Teufel die Ursache gefunden wird, dann meistens bei den Kolonialmächten. „Avant l'arrivée des colons au Rwanda en 1894, les Rwandais étaient un peuple uni.“ So steht es in den Schulbüchern, so erklärt es der Präsident in seinen Reden. Denn die Belgier, die nach kurzer deutscher Herrschaft die Kolonie übernahmen, bereiteten dem zukünftigen Konflikt in Ruanda den Boden. Das war nicht ihre Absicht. Sie trugen nur die rassistischen Überzeugungen der meisten Europäer Anfang des 20. Jahrhunderts in ihre Kolonie hinein.

In der präkolonialen Zeit waren Tutsi und Hutu keine ethnischen Bezeichnungen, sondern bezeichneten die soziale Stellung innerhalb der Gemeinschaft. Die Bevölkerungsmehrheit, die von der Feldarbeit lebte, wurde als Hutu bezeichnet. Ein Tutsi war ein reicher Viehbesitzer, später wurde der Begriff für die Elite als Ganzes gebraucht. Denn Reichtum bestand im damaligen Ruanda aus Kühen – Rindern mit langen, säbelförmigen Hörnern. Noch heute ist die Kuh ein Zeichen von Prestige. Claires jüngster Sohn hat beispielsweise zu seiner Geburt eine Kuh geschenkt bekommen. In der Stadt teilen die Menschen oft die eigenen Räume mit dem Vieh. Die Rinder werden sorgsam behütet und gut behandelt. Nie habe ich gesehen, dass sie gequält wurden, anders als die Ziegen, die Kinder oft spaßeshalber durch die Gegend scheuchen oder an den Beinen hinter sich herziehen.

Die Belgier deuteten die sozialen Unterschiede zwischen Hutus und Tutsi in ethnische um und untermauerten sie mit „wissenschaftlichen“ Erklärungsversuchen: Sie glaubten, Tutsi, Hutu und Twa – die dritte, zahlenmäßig kaum relevante Bevölkerungsgruppe in Ruanda – seien drei unterschiedliche, seit langem existierende Volksstämme, Vertreter dreier großer Bevölkerungsgruppen: der Äthiopiden, der Bantu und der Pygmiformen. Zu dieser Theorie passte, dass es innerhalb der Gruppen äußerliche Gemeinsamkeiten gab. Sie waren dadurch entstanden, dass die Ruander meist innerhalb der sozialen Schichten geheiratet hatten: Ein „typischer“ Hutu hatte dicke Lippen und eine negroide Nase. Die Tutsi galten als schlank und hochgewachsen mit „europäischeren“

Gesichtszügen. Sie wurden deshalb auch als in der Evolutionsgeschichte den Weißen näher stehend und den Hutus überlegen betrachtet.

Ganz so eindeutig sind diese äußeren Merkmale allerdings nicht: Ich habe oft im Stillen gerätselt, ob ich nun einem Hutu oder einem Tutsi gegenüber saß. Nur selten konnte ich das Äußere zuordnen. Doch in der Dorfgemeinschaft wurde die so genannte ethnische Zugehörigkeit überliefert. Zudem führten die Belgier in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Personalausweise ein, die das System der Rassentrennung durch einen entsprechenden Vermerk fortschrieben und später zur Identifizierung der „Ethnie“ und zur Ausgrenzung der Tutsi missbraucht wurden.

Bis Ende der fünfziger Jahre übten die Belgier ihre Kolonialherrschaft mit Hilfe der Tutsi aus. Diese Methode funktionierte so lange, bis die ruandische Elite Mitte des 20. Jahrhunderts anfang, die Unabhängigkeit zu fordern. Brüssel änderte die Taktik und leitete den Übergang zur „Demokratie“ ein: Man ließ die Tutsi fallen und unterstützte ab sofort die Bevölkerungsmehrheit, die kompromissbereiteren Hutu, gegen die einstige Elite. Diese „Revolution“ führte nicht nur zur politischen und sozialen Umwälzung. Gleichzeitig kam es zu Massakern und einer Flüchtlingswelle der Tutsi in benachbarte Länder. In den nachfolgenden Jahrzehnten litt die im Land verbliebene Minderheit in regelmäßigen Abständen unter Verfolgung und gewalttätigen Ausschreitungen, die schließlich in den Genozid 1994 mündeten.

5. Vergeben, versöhnen: die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit

5.1. Im Gefängnis

Kurz vorm Gefängnis bleibt unser Wagen im Schlamm stecken. Der Taxifahrer weigert sich, weiter zu fahren. Wenn er gewusst hätte, wie schlecht die Wege seien, hätte er uns nicht gebracht, schimpft er. Es hat zwei Tage hintereinander in Strömen gegossen, und die unbefestigte Straße besteht fast nur noch aus Schlamm. Wir steigen aus und gehen zu Fuß weiter. Claire hat eine beneidenswerte Kunstfertigkeit entwickelt, durch den Schlamm zu gehen, ohne ihre Kleidung zu bespritzen. Ich kremele mir die Hose hoch.

Im Aufseher-Haus zeige ich meine Erlaubnis vor, dass ich das Gefängnis von Remera besuchen darf – hart erkämpft mit einem halben Dutzend Besuchen im Ministerium und eigens unterschrieben von seiner Exzellenz Christophe Bazivamo, Ministre de la Sécurité Intérieure. Die Direktorin wendet sich an einen Sträfling mit Mütze, er gehört – so die gefängnisinterne Rangordnung – zu den Koordinatoren und wird meine Gesprächspartner

aussuchen. Drei Minuten später stehen sie vor mir: Vier Männer in rosaroter Sträflingsuniform, einer Art Pyjama mit kurzer Hose, wie man sie überall im Land sieht: Sie arbeiten auf Baustellen oder auf dem Feld und werden vom Gefängnis auch an private Firmen ausgeliehen.

Meist nur lässig bewacht, können sie mit Passanten ein Schwätzchen halten und sich ein paar Meter von der Gruppe entfernen. Auch wir sitzen vor den Gefängnismauern im Freien, ohne dass man sich sehr um uns zu kümmern scheint. Ich habe mich oft gewundert, warum die Gefangenen nicht zu fliehen versuchen, und nutze die Gelegenheit zu fragen. „Wo sollen wir denn hin?“, entgegnet Théoneste, einer der Sträflinge. „Wir können nur auf unsere Hügel, und da würde man uns schnell wieder aufgreifen.“

Angeblich sind meine vier Gesprächspartner nach dem Zufallsprinzip ausgesucht worden. Aber es befindet sich kein einziger darunter, der den Vorwurf des Völkermordes abstreitet – auch nicht Claires Cousin Boniface, der ebenfalls in Remera inhaftiert ist und mit dem ich gern gesprochen hätte. Doch Boniface ist nicht geständig. Er hält sich für ein Opfer der Denunziation seiner Frau, die ihn wegen eines anderen Mannes verlassen hat. Die vier, mit denen ich reden darf, geben zu, am Völkermord beteiligt gewesen zu sein, wobei sich ihre Argumentationsmuster ähneln: Théoneste ist 39 Jahre alt, war vor dem Genozid Beamter und Mitglied des MRND (Mouvement Républicain National pour le Développement et la Démocratie), der ehemaligen ruandischen Einheitspartei zur Unterstützung des Präsidenten Juvénal Habyarimana. Théoneste wird vorgeworfen, die Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufgehetzt zu haben. Würde das Gericht ihn für schuldig erklären, wäre er ein Täter der Kategorie 1, einer der schlimmsten Fälle. Faustin, 42 Jahre alt, und Mattias, 46 Jahre alt, sind beide angeklagt, der Interahamwe angehört und Menschen getötet zu haben. Und dann ist da noch Avite, mit seinen 30 Jahren der Jüngste aus der Gruppe und sehr zurückhaltend. Auch er soll einen Menschen auf dem Gewissen haben.

Nicht alle Anklagepunkte seien richtig, sagen die Vier. Aber alle geben zu, am Mord eines Menschen beteiligt gewesen zu sein. Schuld war der Krieg, sagen sie und sprechen über die politische Instrumentalisierung durch die Elite. Sie seien in einer Ausnahmesituation den Anordnungen der Behörden gefolgt. Auch Habgier scheint in Faustins Fall eine Rolle gespielt zu haben, denn die Frau, die er gemeinsam mit anderen tötete, war reich. Avite betont den Gruppenzwang, die Angst, selbst zum Außenseiter, zum Feind zu werden, wenn er sich geweigert hätte mitzumachen. Und letztlich heißt es immer wieder: „Ich weiß auch nicht, warum ich es gemacht habe. Ich kann es selbst nicht erklären.“

Mitten im Gespräch bricht Claire in Tränen aus. Sie sagt, sie könne es nicht länger aushalten, hier zu sitzen und mit Menschen zu sprechen, die einen anderen umgebracht hätten. Betretenes Schweigen tritt ein, als sie geht. Noch haben sich die Gefangenen keine Gedanken über die Reaktionen der Menschen gemacht, denen sie nach ihrer Freilassung gegenüber treten müssen. „Was ich gemacht habe, war schlecht. Ich weiß es, ich bereue es, ich war zehn Jahre im Gefängnis, ich werde um Vergebung bitten“, sagt Mattias. Das klingt fast ein wenig trotzig.

5.2. Gacaca-Gerichte

Avite, Théoneste, Faustin und Mattias sind vier von 80. bis 100.000 Angeklagten, die immer noch in den ruandischen Gefängnissen sitzen. Trotz oder gerade wegen der riesigen Opfer- und Täterzahlen hat sich die ruandische Regierung dazu entschieden, einen anderen Weg der Vergangenheitsbewältigung zu wählen als Südafrika, wo fast zeitgleich mit dem Völkermord die Befreiung vom Apartheidregime gefeiert und mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission ein weitgehender Strafverzicht geübt wurde. Ruanda will aufklären und bestrafen. Denn den Boden bereitet für den Völkermord hat auch die „Kultur der Straflosigkeit“, die seit 30 Jahren herrschte: Seit der Unabhängigkeit Ruandas 1962 waren Tutsi Bürger zweiter Klasse. Man konnte sie bestehlen, beleidigen, entwürdigen – ohne dass dies negative Konsequenzen für die Täter zur Folge gehabt hätte. Man konnte selbst töten, ohne bestraft zu werden. Vor dem Genozid war es in regelmäßigen Abständen zu ungesühnten Massakern an der Bevölkerungsminderheit gekommen.

Um die Prozessflut zu bewältigen, hat die ruandische Regierung so genannte Gacaca-Gerichte ins Leben gerufen. Gacaca ist eine Art ruandisches Entnazifizierungsverfahren, das es einerseits erlaubt, die Überbelegung in den Gefängnissen abzubauen, andererseits aber von dem Täter ein Schuldbekennnis voraussetzt und ihn dazu verpflichtet, für die Taten von einst „Kompensation“ zu erbringen. Da nun kein Mensch wieder ins Leben zurückgerufen werden kann, soll der Täter das Opfer oder seine Familie mit seiner Arbeitskraft unterstützen oder sie in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Das Strafmaß festsetzen werden Laienrichter, ihr Gerichtssaal wird die freie Wiese sein, von Recht wissen sie nur so viel, wie sie in einigen Schulungstagen der Regierung gelernt haben.

Es ist keine leichte Aufgabe, die auf diese Gacaca-Richter zukommt: Sie werden entscheiden müssen, ob der Täter nur ein Teilgeständnis ablegt, um sein Strafmaß zu reduzieren, oder ob er die Wahrheit sagt. Sie werden richten

müssen über Söhne und Väter von Nachbarsfamilien, die alle überzeugt sind, dass ihre Verwandten unschuldig im Gefängnis saßen. Sie werden mit den Traumata der Opfer konfrontiert, die sich an die schrecklichen Ereignisse von damals erinnern und von denen verlangt wird, den Tätern zu „vergeben“. Die Vergebung durch das Opfer ist nach dem Konzept der ruandischen Regierung der letzte Schritt auf dem Weg zur Versöhnung, nachdem der Täter seine Schuld anerkannt, öffentlich zugegeben und sich zur „Kompensation“ durch seine Arbeitskraft bereit erklärt hat.

5.3. Vergeben? Wenn das so einfach wäre...

Dorothee ist 41 Jahre alt, Genozid-Überlebende und Witwe. Sie wird offiziell vergeben, „weil es die Regierung anordnet“. Aber in ihrem Herzen kann sie nicht vergeben. Nicht jenen, die drohten, ihr den Bauch aufzuschneiden und ihr noch ungeborenes Baby herauszureißen. Nicht jenen, die den Tod ihrer Tochter verschuldeten, die auf der Flucht in den Kongo an Erschöpfung und der Cholera starb. Nicht jenen, die Granaten auf das Haus warfen, in dem ihr Sohn Emanuel sich versteckte.

Emanuel hatte Glück. Er überlebte den Granatenangriff. Und er hörte, wie die Mörder sagten, sie wollten noch Macheten holen, um „sicher zu gehen, dass alle Inyenzi (Kakerlaken) tot sind“. In ihrer Abwesenheit kletterte er auf eine der Grundrissmauern des noch nicht vollständig befestigten Hauses. Von seiner Position konnte er sehen, wie die Interahamwe die anderen aus dem Haus holten, in eine tiefe Grube steckten und köpften. Einer der Mörder war sein Onkel väterlicherseits.

Dorothees Sohn überlebte nicht nur die Granatenattacke. Er überlebte den Verrat einer Nachbarin, die ihn sah, als er sich bei Verwandten in einem Gefäß versteckte, in dem normalerweise Bananenbier gebraut wird. Er überlebte die Straßensperre auf dem Weg nach Kigali, indem er sich als eine Person ausgab, die zufällig wirklich existierte. Er überlebte den Marsch in den Kongo, fast 200 Kilometer von seiner Heimat entfernt.

Dort arbeitete er auf einer Farm wie ein Sklave. Ohne Freizeit, ohne Lohn, ohne Hoffnung auf eine Zukunft. Aber ohne Angst um das eigene Leben. Niemals wollte er nach Hause zurückkehren. Erst als ihm der Suchdienst des Roten Kreuzes ein Foto seiner Mutter zeigte, siegte die Sehnsucht über die Furcht. Zu Hause fand er auch seine kleine Schwester und seinen mittlerweile geborenen Bruder. Nach ruandischer Sitte hat die Familie dem Kind einen Nachnamen ausgesucht: Er heißt Dushimimana. „Wir danken Gott sehr.“

Das Gacaca-Verfahren sieht vor, dass Täter und Opfer wie Dorothee und Emanuel ihre Geschichte erzählen. So soll die Wahrheit ans Tageslicht kommen. Am Ende soll, so die Vorstellung der Regierung, Versöhnung stehen. Werden die Gacaca-Gerichte diese hochgesteckten Ziele erfüllen können? Dieter Magsam, Leiter des GTZ-Justizprojektes in Kigali, ist skeptisch: Zehn Jahre nach dem Völkermord ist die Beweislage schwierig, zumal die meisten Opfer tot sind. Die Überlebenden müssen in öffentlicher Verhandlung als einige von wenigen Belastungszeugen inmitten der Familien mutmaßlicher Täter aussagen. Letzteres kann Gefahr für das eigene Leben bedeuten: In der Provinz Gikongoro wurden Belastungszeugen bedrängt, einige sind sogar ermordet worden. Ein umfassender Zeugenschutz ist schlicht unmöglich.

Hinzu komme, so Magsam, dass innenpolitische Repressionen zunehmen und bei der Aufarbeitung der Vergangenheit die Kriegsverbrechen der siegreichen RPF ausgeblendet würden. Letztere werden, wenn überhaupt, vor Militärgerichten behandelt, abseits von der Öffentlichkeit. Auch das Ruanda-Tribunal in Arusha untersucht die Verbrechen der RPF nicht, wie es die ehemalige Chefanklägerin, Carla del Ponte, gefordert hatte. Ihre Amtszeit wurde nicht verlängert – auch auf Betreiben der ruandischen Regierung. Im August 2003 wurde sie durch den gambischen Richter Hassan Bubacar Jallow ersetzt. Indem jedoch die Kriegsverbrechen der RPF nicht aufgeklärt werden, entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck von Siegerjustiz. Das dient dem Versöhnungsprozess nicht. Vor diesem Hintergrund könnte Gacaca, befürchtet Magsam, wieder zu Spannungen in der Gesellschaft führen.

Offenbar zögert die Regierung selbst, das heikle Verfahren beginnen zu lassen, allerdings ohne über eine Alternative zu verfügen. Mittlerweile sind schon zehn Jahre mit immerwährenden Befragungen vergangen. Die eigentliche Phase der Urteilsfindung ist mehrfach verschoben worden. Vor meiner Abreise hat kein einziger Prozess stattgefunden.

6. Autoritäres Regime oder Öffnung zur Demokratie: die politische Situation nach dem Genozid

6.1. Der Debattierclub von Cyanzarwe

Es regnet bereits, seitdem wir Kigali verlassen haben. Und es ist so diesig, dass man kaum fünf Meter weit sieht. Jetzt weiß ich, warum Dian Fossey ihrem Buch den Titel „Gorillas im Nebel“ gegeben hat. Wir sind in Cyanzarwe, in der Provinz von Gisenyi, nahe den Virunga-Vulkanen,

wo die Tierschützerin geforscht hat, auf dem Weg zu einem Debattierclub, den das ruandische Institut der Forschung und des Dialogs für den Frieden (Institut de Recherche et de Dialogue pour la Paix, IRDP) eingerichtet hat. Meinungsforschung ist in Ruanda eine schwierige Aufgabe, denn die Menschen neigen dazu, dem Fragenden zu bestätigen, was er ihrer Ansicht nach hören möchte. Deshalb arbeitet das IRDP, das die Ursachen und Folgen des Genozids aus Sicht der Bevölkerung erforscht, nicht mit Umfragen, sondern in kleinen Diskussionsrunden.

Aufgrund des schlechten Wetters tagt der Debattierclub von Cyanzarwe in der örtlichen Schule – einem Gebäude ohne Fensterscheiben. Von der Decke tropft es in regelmäßigen Abständen, und der Regen durchweicht meinen Notizblock. Die Mitglieder des Debattierclubs haben sich in einer Reihe an die Wand gesetzt. Ein Krug mit Strohalm wird herumgereicht, jeder nimmt einen tiefen Zug. Das Bananenbier wärmt von innen und hilft gleichzeitig, Klartext zu reden: Ein alter Mann mit Brillengläsern, offenbar ein Wortführer der Gruppe, zitiert Abraham Lincoln mit seiner Definition von Demokratie als „Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“ und beklagt, dass zwar seit 1962 die Demokratie in Ruanda existiere, aber nur auf dem Papier: „Bis heute deckt sich das, was gemacht wird, nicht mit dem, was in der Verfassung geschrieben steht.“

Dann geht die Diskussion ins Detail: Man spricht über das mangelnde Vertrauen in lokale Repräsentanten, Informationsdefizite in der Bevölkerung, die Absetzung von Gewählten, ethnisch ausgerichtetes Wahlverhalten. Ich staune, wie offen die Menschen ihre Meinung äußern in einem Land, von dem es heißt, es sei ein absoluter Polizeistaat, in dem der Obrigkeit nichts entgehe, der Blockwart seine zehn Häuser samt Einwohner unter Kontrolle habe und der Geheimdienst am Telefon mithöre.

Andererseits stelle ich fest, dass nur lokale Probleme diskutiert werden. Kritik an Präsident Kagame, der bei der Präsidentschaftswahl im August 2003 eine Mehrheit von mehr als 90 Prozent aller Stimmen erreichte, gibt es nicht. Auch nicht daran, dass die Oppositionspartei, die Hutu-dominierte MDR (Republikanisch-Demokratische Bewegung), verboten wurde, weil sie nach einem Befund des Parlaments „ethnische Spaltung“ propagierte und damit die Verfassung brach. Der einzige ernst zu nehmende Oppositionskandidat, Faustin Twagiramungu, war damit seiner Partei beraubt. Heute sind die ruandischen Parteien ähnlich wie die Blockparteien in der DDR alle in einem Forum zusammengefasst und über Ministerposten in die Regierung eingebunden. Eine Opposition gibt es nicht. „Sie ist im Ausland“, sagte mir der Politiklehrer einer Schule. Er zeigte sich ehrlich erstaunt, als ich ihm erklärte, wie „unsere Art von Demokratie“ in Deutschland funktioniert.

Auch das Vorgehen der ruandischen Regierung gegen die ruandische Menschenrechtsorganisation Liprodhor, das im Sommer 2004 internationale Schlagzeilen gemacht hatte, kommt während der Diskussion im Debattierclub nicht zur Sprache: In einem Parlamentsbericht wurde Liprodhor damals vorgeworfen, das Netzwerk zu sein, „in das die Weißen ihr Geld stecken, um Divisionismus und ethnische Spaltung zu unterstützen“. Verboten wurde die Organisation danach nicht. Doch die Mitarbeiter, die nach den Anschuldigungen ins Ausland geflohen waren, wurden durch kompromissbereitere Nachfolger ersetzt. Diese sind sehr zurückhaltend bei jedem Kontakt nach außen. Als ich bei Liprodhor vorsprach, zog es mein Gesprächspartner vor, mir nicht seinen Namen zu nennen.

Trotzdem ist das Ansehen der ruandischen Regierung bei den Ruandern weit höher als die westliche Kritik an Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen vermuten lässt: „Bei der Präsidentenwahl vor zwei Jahren gab es sogar mehrere Kandidaten zur Auswahl“, sagt der alte Mann mit den Brillengläsern im Debattierclub. Und einer der Minibus-Fahrer, mit denen ich übers Land fuhr, fasste seine Ansicht über die politische Leistung des Präsidenten in dem krisengeschüttelten Land denkbar knapp zusammen: „Kagame good, because no war.“

6.2. Pressefreiheit

Die bei Parteien und Menschenrechtsorganisationen erfolgreiche Strategie der Einschüchterung wirkt auch bei den Medien. Es gibt in Ruanda ein einziges Blatt, das sich wirklich um Unabhängigkeit bemüht: UMUSESO. Zum Hauptsitz dieser mit 15.000 Exemplaren auflagenstärksten Zeitung gelangt man nur durch einen schmalen Pfad zwischen zwei Häuserreihen. Er besteht aus zwei Räumen, einem für „Finance, Administration, Marketing“, einem für die Redaktion. Ich setze mich auf einen der Stühle und warte auf Charles Kabonero, den Chefredakteur, mit dem ich verabredet bin. Die Redakteure warten auch, allerdings auf Elektrizität. Der Strom ist mal wieder ausgefallen, UMUSESO besitzt offenbar keinen funktionierenden Generator.

Letztlich erweist sich der Strom als zuverlässiger als der Chefredakteur. Charles Kabonero taucht an diesem Tag nicht mehr auf und auch nicht am nächsten Morgen. Dafür treffe ich seinen Vater, der mir rät, ich solle seinen Sohn doch einfach zu Hause aufsuchen. Und so platze ich mitten ins Familienfrühstück, bin froh, dass ich zufällig Gebäck bei mir habe und so auch meinen Beitrag zum Buffet leisten kann. Im Übrigen scheint der Chefredakteur nicht im Stress zu sein, wir reden mindestens vier Stunden miteinander.

Charles Kabonero ist gerade mal 24 Jahre alt. Er hat schnell Karriere gemacht, denn die Verweildauer der Chefredakteure bei UMUSESO ist kurz: Charles Kaboneros vier Vorgänger sind wegen Verhaftungen und Morddrohungen ins Ausland geflohen und leben mittlerweile im Exil. Er selbst muss sich derzeit wegen Divisionismus vor Gericht verantworten – ein Straftatbestand, der gerade wegen seiner Unbestimmtheit und des weiten Interpretationsspielraumes gefürchtet ist und den Angeklagten leicht hinter Gitter bringt. „Unsere Regierung hat den Völkermord beendet. Wer gegen unsere Regierung ist, ist für den Völkermord“, erklärt Kabonero, was Divisionismus seiner Ansicht nach bedeutet.

Dennoch ist die eingeschränkte Pressefreiheit nicht nur Willkür eines totalitären Regimes: Sie ist auch eine Folge der unrühmlichen Rolle der ruandischen Medien während des Völkermords 1994: Die Medien stachelten die Gewalt an, das Radio Télévision Libre des Mille Collines (RTL) strahlte gar Befehle zum Töten aus. Der Sender wies Menschen an, Barrikaden zu errichten und Durchsuchungsaktionen durchzuführen, er nannte Personen, die getötet werden sollten, beim Namen und bezeichnete Gebiete, in denen Angriffe stattfinden sollten. Selbst die eher zurückhaltende nationale Rundfunkstation, Radio Ruanda, verbreitete Anweisungen, die für die Durchführung des Völkermordes von Bedeutung waren.

Der Umgang der Regierung mit den Medien zeigt das grundsätzliche Dilemma auf, in dem sich die ruandische Gesellschaft befindet: Wie viel staatliche Kontrolle ist notwendig, um das Land zu stabilisieren? Wie viel Repression rechtfertigt die Furcht vor einem Aufflammen der Gewalt? Wie lassen sich die Wunden am besten heilen – und wie verhindert man, dass der Horror von 1994 noch einmal beginnt?

Ich frage Charles Kabonero, ob er Angst habe, seinen Beruf auszuüben. „Angst?“, lächelt er und zündet sich eine Zigarette an: Er überlegt, wie er sich ausdrücken soll. Dann sagt er, er kenne die Grenzen dessen, was er sich erlauben könne, sehr genau. Auf persönliche Attacken gegen den Präsidenten verzichtet er. Auch die Armee ist ein Tabu-Thema. Mit am Frühstückstisch sitzt ein Kollege, dessen Gesicht noch von Pflaster und Verband bedeckt ist. Er ist vor wenigen Tagen zusammengeschlagen worden. Zuvor hatte er einen Artikel über die Armee geschrieben. Bei UMUSESO vermutet man, dass es zwischen beiden Ereignissen einen Zusammenhang gibt.

Trotzdem sieht Kabonero Fortschritte. Heute sei die Presse freier als je zuvor seit 1994. So gebe es Gerichtsverfahren, wenn es zu Streitigkeiten mit Regierungsmitgliedern komme. Er dürfe sich einen Anwalt nehmen und seine Sicht der Dinge vor Gericht darlegen. Früher wäre ein Journalist in einem solchen Fall einfach verschwunden. Auch sei die Zeitung schon lange nicht mehr an der Grenze konfisziert worden, weil ein Artikel der

Regierung nicht gefiel. Gedruckt wird UMUSESO nämlich in Uganda, da die Druckerpresse in Kigali nur den regierungsnahen Zeitungen zur Verfügung steht. Wird eine Ausgabe beschlagnahmt und nicht verkauft, fehlt UMUSESO ihre wichtigste Einnahmequelle – die Zeitung finanziert sich vornehmlich über den Straßenhandel.

Offenbar hat die ruandische Regierung beschlossen, UMUSESO überleben zu lassen – wohlwissend, dass der Einfluss des Blattes in einem Land, in dem die Hälfte der Menschen nicht lesen kann, begrenzt ist. Die Kontrolle über den Äther ist wesentlich strenger, denn das Radio ist die wichtigste Quelle für Nachrichten in ganz Ruanda. Im vergangenen Jahr hat Ruanda zwar das staatliche Radiomonopol aufgegeben, doch die ersten privaten Radiosender beschränken sich fast ausschließlich darauf, Musik zu spielen.

7. Ruanda, das Ausland und die Armut: Belastungen für die Zukunft

7.1. An der Grenze zum Kongo

Nachts wache ich auf, weil die Hunde bellen – in Ruanda ein ungewohntes Geräusch. Hier gibt es nur wenige Hunde. Die UN-Friedenstruppe in Ruanda, die UNAMIR, hat, so wird erzählt, nach dem Genozid die streunenden Tiere erschossen, da sie die Leichen am Straßenrand fraßen. Dann fallen Schüsse. Ich halte den Atem an und denke an die Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Ich habe mich natürlich nicht bei der deutschen Botschaft in Kigali nach der derzeitigen Sicherheitslage in Bukavu erkundigt, der Hauptstadt der benachbarten kongolesischen Unruheprovinz Südkivu. Einige Minuten später höre ich wieder Schüsse. Ich krieche unter meiner Bettdecke hervor, gehe zum Fenster und schiebe den Vorhang zur Seite. Vor meinem Hotel patrouilliert ein Soldat. Nicht gerade Vertrauen erweckend.

Mein Hotel liegt direkt an der Grenze zum Kongo – am Lac Kivu. Der See mit seinem dunklen Blau, den Palmen am Ufer und der Berg-Silhouette im Hintergrund ist von beeindruckender Schönheit. Gleichzeitig wirkt Cyangugu, diese südlichste Stadt Ruandas, in die man nur kommt, wenn man drei Stunden durch den Dschungel des Nyungwe Nationalparks gefahren ist, so morbide, dass man sich nicht so recht an der Natur freuen kann: Die alten Häuser aus der Kolonialzeit verfallen, wenngleich die Bausubstanz noch an bessere Zeiten erinnert. Die Schiffe, die im Hafen liegen, sind verrostet. Die zwei Wechselstuben vor der Grenze haben kaum Kunden. Von der Bank steht nur noch das Hinweisschild, unter das sich ein paar Bettler gehockt haben. Kinder verkaufen ihre armselige Ausbeute an Fisch am Straßenrand – und gleich ein paar Fliegen dazu. An der Tankstelle ist der Sprit ausgegangen.

Das einzige, was hier steten Zulauf erhält, scheinen die Flüchtlingslager zu sein. Hinweisschilder des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) sind sehr präsent. Die ethnischen Konflikte im benachbarten Burundi haben sich in den vergangenen Monaten zugespitzt, im kongolesischen Nord- und Südkivu flackern seit dem Völkermord immer wieder Unruhen auf. Auch die ruandische Regierung ist in die Konflikte verstrickt. Die westliche Presse unterstellt Kagame wirtschaftliche Motive, denn der Kongo ist reich an Bodenschätzen. Offizielle Begründung der ruandischen Regierung für die Interventionen im Kongo ist der noch immer gärende Konflikt zwischen Hutu und Tutsi: Denn nach dem Völkermord haben sich viele Hutu-Rebellen in den Kongo abgesetzt, immer noch greifen sie Zivilisten an. Die Furcht in Kigali ist groß, dass eine Rebellenarmee die Grenze überschreiten und innerhalb kürzester Zeit die ruandische Hauptstadt erreichen könnte.

Angesichts dieser Situation sind die Ruander nicht gewillt, dem Drängen der UNO und der westlichen Regierungen nachzugeben, internationale Verträge und die territoriale Integrität des Kongos zu respektieren – zumal die UNO sie schon einmal in der Stunde der Not allein gelassen habe. In der Sprache der *New Times*, einer regierungsnahen ruandischen Zeitung, klingt das so: „The international community which didn't help much in our hour of need, is again scampering about declaring our culpability in the violation of international accords, blah, blah, blah... and not giving any remedies.”

7.2. Armut und Genozid

So verächtlich sich die Zeitung hier über die internationale Gemeinschaft äußert, so abhängig ist das Land andererseits vom Wohlwollen eben gerade dieser internationalen Gemeinschaft. Kaum ein anderes afrikanisches Land erhält so viel Entwicklungshilfe pro Kopf wie Ruanda – nicht nur, weil es so arm ist, sondern auch wegen des schlechten Gewissens der internationalen Gemeinschaft, die 1994 den Völkermord geschehen ließ, ohne einzugreifen. 90 Prozent aller öffentlichen Investitionen werden mit ausländischem Geld finanziert. Doch trotzdem ist das Elend größer als ich es mir zu Hause je hatte vorstellen können.

Ich denke an den Schock, den ich empfunden habe, als ich zum ersten Mal die Armut sah: Die ärmlichen Häuser, die eher Hütten sind als menschliche Unterkunft. Die Frauen, die über glühender Kohle kochen, weil es keinen Strom gibt. Den Jungen, der bewegungslos im Gras lag, weil er Hunger hatte und dieser Zustand am wenigsten Kalorien verbraucht. Ich denke an Menschen am Wegesrand, die Kilometer weit gehen bis zum nächsten Markt: Frauen mit großen Körben voller Bananen oder Avocados auf

dem Kopf, einem Baby auf dem Rücken und einem Regenschirm als Sonnenschutz in der Hand. Männer mit primitiven Schubkarren, in denen sie Hühner oder Feuerholz transportieren. Ich denke daran, wie lebendig es auf den ruandischen Straßen zugeht. Schon früh morgens, wenn um fünf, sechs Uhr die Sonne aufgeht, ist fast jeder draußen: Kinder spielen oder holen Wasser in gelben Kanistern. Männer fachsimpeln in kleinen Gruppen darüber, wie man am besten ein Fahrrad repariert, hantieren mit Schläuchen und Schrauben. Frauen hocken vor ihren Waschsüsseln und weichen die schmutzige Kleidung ein. Es scheint, als gäbe es eine ungeschriebene Vorschrift, spätestens um sechs das Haus zu verlassen. Die Wahrheit aber wohl ist, dass die Wohnungen zu klein, eng und ärmlich sind.

Neun von zehn Ruandern leben von der Landwirtschaft, ihr Tag ist ausgefüllt mit Feldarbeit. In der Stadt lungern jedoch viele Menschen beschäftigungslos herum, in der Hoffnung „Geld zu finden“, wie Claire diesen Zustand beschreibt. „Irgendwie kann man überleben“, sagt sie, als ich sie frage, wie sie ihr Leben finanziert. Sie hat keine Arbeit. Sie weiß oft nicht, was sie am nächsten Tag ihren Kindern zu essen geben soll. Manchmal kann sie eine kleine Dienstleistung erbringen, manchmal findet sie jemanden, der Mitleid hat, manchmal teilen Freunde oder Verwandte das wenige, was sie selbst haben. Außerdem gibt es noch ihre Mutter, die als Verkäuferin arbeitet und mit ihrem Monatslohn von umgerechnet 50 Euro eine zehnköpfige Familie ernähren muss.

Etwa siebzig Prozent der Ruander leben unterhalb der Armutsgrenze, und ihre Situation droht in Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung noch schlechter zu werden. Sieben oder acht Kinder sind keine Seltenheit – und der Stolz der Eltern, auch wenn sie es sich nicht leisten können, ihnen eine Schulausbildung zu finanzieren. Nach Schätzungen könnte sich die Zahl von derzeit etwa acht Millionen Einwohnern alle 25 Jahre verdoppeln (F.A.Z. vom 9. November 2004). Selbst in den Städten, wo Familienplanung für viele Ruander kein Fremdwort mehr ist, macht das Schicksal ihnen oft einen Strich durch die Rechnung: Stirbt eine Schwester oder ein Bruder, kommen zu den eigenen Kindern noch ein paar dazu, für die gesorgt werden muss. Die Familie ist das einzige soziale Netz, das die Menschen in der Not auffangen kann. Auch Claire ist nach der Trennung von ihrem Ehemann zu ihrer Mutter zurückgekehrt. Dort lebt sie in einem Zimmer, das so groß ist wie ihr Bett, das sie mit ihren beiden Söhnen teilt. Ihre Tochter, die älteste ihrer drei Kinder, hat sie zur Adoption nach Belgien gegeben. „Als Shemusa ging, mussten alle anderen weinen, ich nicht“, hat sie mir erzählt. „Ich war froh und zufrieden, dass sie ein besseres Leben haben wird als ich es ihr bieten kann.“

Es gibt bereits Warnungen, dass Elend und Überbevölkerung zu einem erneuten Genozid führen könnten, denn durch das hohe Bevölkerungswachstum wird der von Generation zu Generation vererbte Grund und Boden immer knapper. Schon jetzt ist das Land Ursache vieler Konflikte, zumal sich die ruandische Regierung in den Friedensverträgen von Arusha verpflichtet hat, die wiederkehrenden Flüchtlinge mit Feldern auszustatten. Die Einheimischen sind jedoch in der Regel nicht bereit, ihr Eigentum mit den Flüchtlingen aus dem Exil zu teilen.

Umso empfindlicher reagiert die ruandische Elite, wenn die Flüchtlingspolitik ihres Landes kritisiert wird, so wie in einem Bericht von Amnesty International im Februar vergangenen Jahres. „Amnesty erkennt die Bemühungen der Regierung nicht an, bessere Lebensbedingungen zu schaffen“, sagt Privat Rutazibwa, Präsident des Haut Conseil de la Presse, ein kritischer Kopf, der seine Bildung im Ausland erworben hat, ein Tutsi, dessen Handeln und Denken geprägt ist von der Erfahrung des Völkermords und der Furcht, es könne zu einer neuen Gewaltwelle kommen.

Er weiß, wie abhängig Ruanda vom Ausland ist, verfolgt aber gleichzeitig kritisch, wie Menschenrechtsorganisationen sich in die „inneren Angelegenheiten“ seines Heimatlandes „einmischen“. Der Bericht Amnesty Internationals sei schlecht recherchiert, teilweise falsch, teilweise tendenziös – und damit schade er seinem Land. Denn mit den Aussagen präge die Menschenrechtsorganisation ein negatives Bild von Ruanda im Ausland und beeinflusse Investoren, die nicht ins Land kämen. „Entweder die realisieren nicht, welche Macht sie haben, oder die wollen uns gar nicht helfen, sondern rechtfertigen mit derartigen Berichten nur ihre eigene Existenz vor Ort.“

Privat Rutazibwas Urteil mag einseitig sein, hart und auch überzogen. Doch gleichzeitig spiegelt sich in ihm das schwierige Verhältnis Ruandas zu den westlichen Helfern wider, insbesondere die Skepsis gegenüber Menschenrechtsorganisationen, die westliche Maßstäbe anlegen und – so vielfach der Eindruck – die Probleme und Schwierigkeiten des Landes auf dem Weg zu politischer Stabilität und Frieden nicht ausreichend zur Kenntnis nehmen.

8. Bilanz

Die ruandische Versöhnungspolitik basiert auf dem Grundsatz nationaler Einheit. Hutu und Tutsi sind ein Volk, mit einer gemeinsamen Sprache, mit einer gemeinsamen Kultur und einem gemeinsamen Schicksal. Die früher üblichen Personalausweise mit Angaben über die ethnische Zugehörigkeit sind abgeschafft, selbst im Alltag wagt ein Ruander nur selten über dieses Thema zu sprechen. Doch unter der Oberfläche brodeln es weiter:

Diskriminierungen und Intoleranz gibt es noch immer. Zudem nutzt die Regierung die blutige Vergangenheit, um gezielt ihre eigene Machtstellung zu festigen.

Kritiker werden als „Divisionisten“ verurteilt, fliehen ins Ausland oder werden verhaftet. Die Partei Faustin Twagiramungus, des Hauptgegners des gegenwärtigen Präsidenten Paul Kagame bei den Präsidentschaftswahlen 2003, wurde verboten. Mitarbeiter der ruandischen Menschenrechtsorganisation Liprodhor sind nach öffentlichen Anschuldigungen im vergangenen Sommer ins Ausland geflohen, sie wurden durch kompromissbereitere Nachfolger ersetzt. Die unabhängige Zeitung UMUSESO muss Übergriffe der Behörden und der Armee fürchten; vier ihrer ehemaligen Chefredakteure leben heute im Exil. Nur wenige trauen sich noch, öffentlich die Regierung zu kritisieren.

Wenn Menschenrechtsgruppen Repression und Unterdrückung anprangern, reagiert die ruandische Regierung mit dem moralischen Gegenangriff: Sie erinnert den Westen an das eigene Versagen: die Untätigkeit der UNO und der internationalen Gemeinschaft während des Völkermords 1994. Sie verweist zudem auf die Fortschritte in dem einst von Hass und Gewalt zerrissenen Land. Und in der Tat: Vergegenwärtigt man sich die von Krieg und Massenmord geprägte ruandische Vergangenheit, hat die Regierung viel geleistet: Sie hat es in der extrem instabilen Region der Großen Seen geschafft, bewaffnete Auseinandersetzungen jenseits der Grenze zu halten. Sie hat Tausende von ruandischen Hutus repatriert, die nach dem Genozid über die Grenze in den Kongo geflohen waren. Sie hat bewaffnete Rebellen in die Armee integriert und zugleich einen Großteil der Soldaten demobilisiert. Sie hat die „Kultur der Straflosigkeit“ beendet und will mit den Gacaca-Gerichten den Opfern Genugtuung verschaffen, aber auch den Gefangenen und ihren Familien wieder eine Zukunftsperspektive geben. Sie hat einem von Chaos und Gewalt geprägten Land Frieden und Stabilität gegeben.

Trotzdem fällt die Bilanz ernüchternder aus als vor dem Aufenthalt in Ruanda vermutet. Denn mit staatlicher Kontrolle allein lässt sich das Land nicht stabilisieren. Die Furcht vor dem Aufflammen neuer Gewalt darf nicht zu Repression und Unterdrückung führen. Die Zukunft Ruandas wird deshalb aus meiner Sicht nicht nur von der wirtschaftlichen Entwicklung, der außenpolitischen Situation und dem Erfolg der Versöhnungspolitik abhängig sein, sondern vor allem davon, ob es dem allseits als klug und weit blickend charakterisierten Präsidenten Paul Kagame gelingt, mit einer allmählichen Liberalisierung das Land zu öffnen.

Noch steckt der Schrecken des Völkermordes den Menschen in den Gliedern: Für jeden sichtbar sind die äußeren Verletzungen, insbesondere auch die große Zahl der Behinderten, die auf dem Busbahnhof in Kigali

um Geld betteln. Nicht auf den ersten Blick erkennen kann man die inneren Verletzungen, die Traumata, die Menschen überwinden müssen, die es erlebt haben, dass der Nachbar mit der Machete auf den Ehemann losgeht. Kinder leben bei ihren Verwandten, weil ihre Eltern umgebracht wurden, Eltern vermissen ihre Kinder. Und in den Täterfamilien oder in denen, die für solche gehalten werden, fehlen Söhne oder Ehepartner, weil sie hinter Gittern sitzen. Familien haben sich seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen; der Weg zum Gefängnis ist zu weit, die Fahrt mit dem Bus zu teuer.

Noch ist die Sorge vor einem Wiederaufleben von Konflikten daher stärker als jede Auflehnung gegen die Elite – zumal das abschreckende Beispiel des Nachbarlandes Kongo zeigt, wohin der völlige Zerfall eines Staates führt. Vor diesem Hintergrund verzichtet die Mehrheit der Ruander auf Kritik und ist dankbar für Stabilität und Frieden im Land. Aber dreißig Prozent der Ruander wurden mittlerweile schon nach dem Genozid geboren. Diese Generation kennt die Vergangenheit nur noch aus Erzählungen. Mit Repression und Unterdrückung allein lässt sie sich nicht für das Regime gewinnen.